



ANTIBERLINER

Kampfblatt für eine gerechte Umverteilung // Nr. 20 // Februar/März 2009

2 KAMPF. Der deutsche Kinostreifen »Baader Meinhof Komplex« setzt auf Sex and Crime

4 FINANZKRISE. Der neoliberale Traum eines entfesselten Marktes ist zerschlagen

6 GEWALT. Die afrikanische Linke und die Nachwirkungen des Kolonialismus bis heute



■ In eigener Sache



Wir melden
uns bei
Euch im
Neuen Jahr
mit dieser

Ausgabe zurück, die klar Stellung bezieht gegen Krieg und Militarisierung. Konkreter Anlass für uns ist das NATO-treffen im April 2009. Der fortwährende Diskurs um die Legalisierung von Folter ist ebenso Teil des Themenkomplexes. Wir beziehen hier klar Position und lehnen jede Aufweichung des Folterverbots strikt ab. Mit Beginn der Finanzkrise wuchsen auch bei uns die Befürchtungen, dass dieses vielleicht konservativen und reaktionären Vorstellungen Tor und Tür öffnen könnte. Darum gilt es auch für uns, sich mit den Verlautbarungen von Jürgen Elsässer kritisch auseinanderzusetzen.

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de www.antiberliner.de
- Unterstützt von: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Folter weiterhin eine Option?

Folter galt lange Zeit als Relikt vergangener Jahrhunderte oder als bestialisches Vorgehen in Militärdiktaturen und verbrecherischen Staaten. Nicht zuletzt die Bilder aus Abu Ghraib haben der westlichen Welt gezeigt, dass Folter nach wie vor auch eine Option für westliche Repressoren ist



Das »Camp Justice« in Guantanamo Bay

Mitte Januar 2009 kurz vor seinem Amtsantritt machte Obama unmissverständlich deutlich, dass er die von US-Sicherheitskräften angewandte Verhörmethode des »Waterboarding« als Folter betrachte. Bei dieser Methode täuschen die Sicherheitskräfte vor, den Verdächtigen ertränken zu wollen. Weiter versprach Obama, dass es unter seiner Regierung keine Folter mehr geben wird. Dem gegenüber verteidigen sowohl George W. Bush wie auch sein Vize Dick Cheney eben diese Verhörmethoden. Die Begründung des Festhaltens am Einsatz von Foltermethoden ist, dass die Regierung nur so in den Besitz wichtiger Informationen gelangen könne, die für die Sicherheit des Staates von großer Wichtigkeit seien. Gegen das Vorhaben Barack Obamas, Folter nicht mehr zu zulassen, regt sich Widerstand aus der CIA und auch aus Kreisen der Demokraten. Der sich entwickelnde neue Diskurs über die Anwendung von Folter macht deutlich, dass sie keineswegs ein

Relikt vergangener Tage, sondern nach wie vor ein elementarer Bestandteil militärischer, geheimdienstlicher und polizeilicher Strategien ist. Viele Staaten lassen foltern, meist passiert es im Geheimen. Und dies obwohl das Folterverbot für den modernen Rechtsstaat als zentral begriffen wird.

Den Menschen brechen

Allgemein wird davon ausgegangen, dass der Sinn von Folter im Wesentlichen im Erpressen von Geständnissen liege. Gerade die Unhaltbarkeit dieser These führte dazu, dass Folter in der westlichen Welt Ende des 18., zu Beginn des 19. Jahrhunderts offiziell abgeschafft wurde. Denn unter Folter sind Menschen bereit alles Preis zu geben, Geständnisse abzulegen und ihre bisherigen Überzeugungen zu leugnen. Sie gehen soweit unter der Folter irgendetwas zu gestehen, auch wenn sie vollkommen unschuldig und unwissend sind, nur um den unbeschreiblichen Schmerzen und Entwürdigungen zu entkommen.

Den ausführenden Repressi-

onsorganen ist dieser Sachverhalt nicht neu. Ihr Festhalten an Folter zeugt davon, dass sie damit andere Ziele verfolgen, als das Erpressen von Geständnissen. Vor allem geht es darum die Identität des Gefolterten zu zerstören: Durch fortwährende Erniedrigung und Demütigung soll der Mensch gebrochen werden, d.h. ihm wird alles genommen, was ihn zum Menschen macht. Als erstes die Würde und mit ihr der Anspruch, ein gleichberechtigter Teil der Menschheit zu sein. Am Ende soll der Gefolterte nicht mehr in der Lage sein seine eigenen Gedanken, Gefühle oder Wahrnehmungen zu entwickeln.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden auf wissenschaftlicher Basis Methoden der Identitätszerstörung entwickelt und perfektioniert. Psychologische, psychotherapeutische, psychiatrische und neurophysiologische Erkenntnisse wurden zusammengetragen, bestialische Verfahren der Manipulation mit wissenschaftlicher Akribie experimentell erforscht.

Doch selbst die Zerstörung der Identität steht nicht am Ende des Folterprozesses, sondern ist nur die Voraussetzung für weitergehende Absichten. Es geht darum, den seines Eigensinns beraubten Menschen mental zu versklaven, ihn »umzudrehen«. Im Extremfall werden die Opfer dann abgerichtet wie Hunde, die auf Pfiff Befehle ausführen wie in Abu Ghraib – und nicht einmal mehr zögern ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen.

Einmal Folter, immer gefoltert

Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 entbrannte zunächst in den USA dann aber auch in anderen westlichen Staaten, die Diskussion, ob in Ausnahmefällen nicht doch gefoltert werden dürfte. Und dies obwohl inzwischen zahlreiche Studien über

Folteropfer vorliegen, die nachweisen, dass diese Menschen meist lebenslange Folgen davontragen.

Dabei ist die Form der Folter, also ob es sich um eine psychische oder eine physische Folter handelt, irrelevant. Waren die Betroffenen gezielter Manipulation, Erniedrigungen oder extremem psychischem Stress ausgesetzt, litten sie noch Jahre später unter ähnlich starken Langzeitfolgen, wie sie von Opfern körperlicher Folter bekannt sind.

»Eine Unterscheidung zwischen Folter und erniedrigender Behandlung ist nicht nur nutzlos, sondern auch gefährlich«, kommentierte der Psychologieprofessor Steven Miles von der Universität Minnesota. Die Betroffenen leiden jahrelang unter so genannten posttraumatischen Belastungsstörungen: Alpträume, Flashbacks und Schlafstörungen gehören zu ihrem Alltag. Selbst körperlicher Schmerz, Panik oder plötzliche Bewusstlosigkeit können auftreten.



Bei Verdacht wird auch mal genauer nachgehakt

Erosion im Normensystem

Nach der Veröffentlichung der Folterbilder von Abu Ghraib stieß das Vorgehen der Soldaten weitgehend auf Ablehnung. Dennoch wurde zeitgleich die Frage aufge-

worfen, ob angesichts der neuen Bedrohung durch Terrorismus das »absolute« Folterverbot nicht aufzuweichen sei. Auch in dem gegenwärtigen Diskurs warf die Vorsitzende des Senatsgeheimdienstausschusses, Dianne Feinstein, die Frage auf, ob denn bei einem drohenden Terroranschlag, nicht möglicherweise »spezielle Maßnahmen« angebracht wären. Unterstützt durch die mediale Darstellung, die nach dem 11. September 2001 massiv zur Rekonstruktion des Feindbildes Islam beigetragen hat, wird der Ruf nach der legalen Wiedereinführung der Folter also immer wieder laut. Hier zeigt sich deutlich, dass in Folge schockierender Ereignisse (wie den Terrorakten der al Qaida) das gesellschaftspolitische Koordinatenkreuz in der westlichen Welt sich verändert. Und dass es einmal mehr in Zeiten allgemeiner Verunsicherung zu Erosionsprozessen von als absolut geltenden Normen kommt.

■ Kriegstreibertreffen

Die wichtigsten Kriegstreiber unserer Zeit treffen sich im April 2009 in Strasbourg, um 60 Jahre Krieg und Militarisierung zu feiern, neue Kriege zu planen und die Kriegsführung der NATO schneller und effektiver zu gestalten. Doch auch der Widerstand wird sich in Strasbourg und Baden-Baden zeigen. Protagonisten der antimilitaristischen Bewegung zu Demonstrationen, Blockaden und direkten Aktionen auf.

◆ dazwischengehen.org

■ DU im Gaza

Die israelische Armee hat es in Gaza verwendet, USA und NATO schon seit Anfang der 90er im Irak, Somalia, Jugoslawien und Afghanistan: Depleted Uranium (DU), abgereichertes Uran fällt in der Produktion von Atomstrom als Abfallprodukt an. Es ist fast doppelt so schwer wie Blei und beschleunigt durchdringt es Stahl wie Butter. Militärisch perfekt, würden nicht schon bei der Lagerung die eigenen Soldaten gefährdet: Verschiedene »Syndrome« unter Veteranen sind bekannt, jetzt wurde das italienische Verteidigungsministerium zu Entschädigungszahlungen verurteilt. Doch Tumore und Leukämie erwarten die Menschen vor Ort noch 4,5 Mrd. Jahre.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Bringt eure Toten raus!«

Das Geräusch macht die Musik. Unter dem Namen »Industrial« werden schon seit den 70er Jahren verstörende Aspekte in die Kunst eingebracht. Lauscht man beispielsweise den sanften Klängen eines Bohrhammers in Kombination der Diamantflexscheibe auf rostfreiem Edelstahl, so bestimmt letztendlich immer noch der Zuhörer ob es sich dabei um Musik, oder eben unvermeidliche, nervtötende Nebeneffekte von Arbeitsgeräuschen handelt.

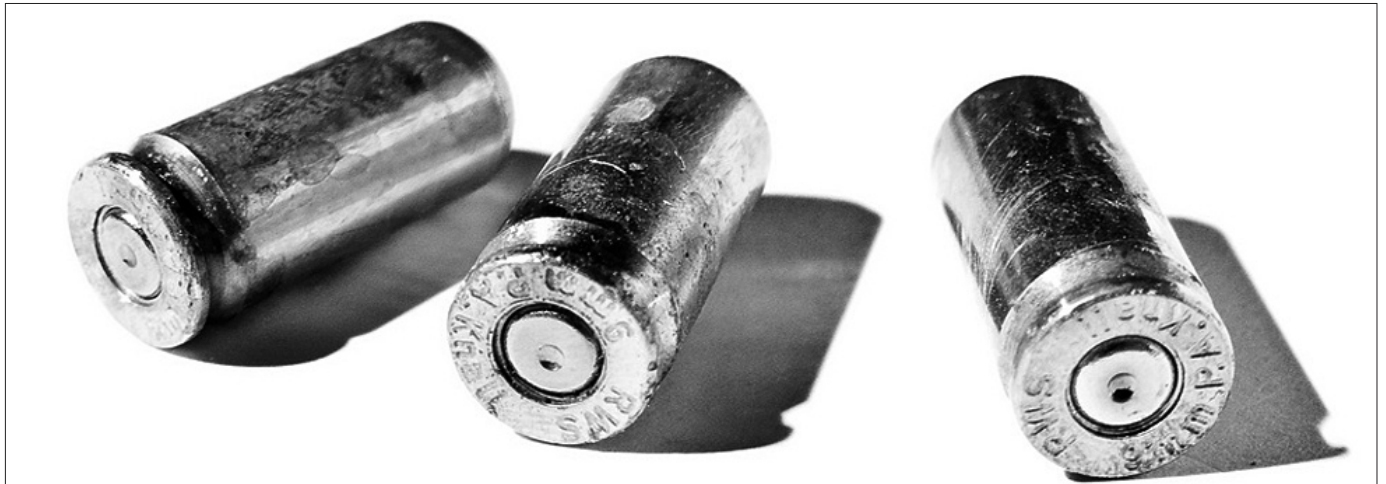
Mit der Zunge verursachte Schnalzgeräusche dagegen können nur ein schlechtes Plagiat sein: So weiß schließlich jeder, dass das Original nach Monty Python durch das Aneinanderschlagen zweier Hälften der Kokosnuss entsteht und, nach erkenntnistheoretischer Interpretation, unzweifelhaft von der Gegenwart eines Pferdes zeugt. Somit kann eine Schar Bekokosnusser in entsprechender Verkleidung als »Ritter« wahrgenommen werden. Zurück aus dem Mittelalter über industriegeschädigte Generationen in die Gegenwart: Das Geräusch der

Presse, Metall auf Metall, Splittern von Kunststoff und vielleicht sogar hin und wieder die Explosion eines vergessenen Airbags soll nach dem Willen der Bundesregierung in naher Zukunft den Ton einer neuen Musik angeben. Im neuen Konjunkturpaket heißt es »Verschrottungsprämie« oder frei nach Monty Python: »Bringt eure Töten raus!« Aber nicht niederfrequente Tanzmusik, sondern Glückseligkeit versprechender Mobilitätskaufrausch lautet die gewünschte Partitur. Kleine Geschenke statt großem Ärger. Hauptsache die Strukturen der Produktion werden nicht verändert. Irgendjemand könnte darauf kommen, den Laden in dem er schuftet, lieber zu übernehmen. Oder am Ende gar noch mehr.

,Denn die Zeche für die neue Kutsche zahlen alle. »Mach es einfach Kanzler-Style, alles wird vom Volk bezahlt.« sagt Prinz Pi und verrät auch das Konzept für einen anhaltenden Burgfrieden: »Gib dem Affen Zucker!«

Die NATO: Den Markt freibomben

Gegründet als Bollwerk des Westens gegen den Ostblock zu Zeiten des Kalten Krieges hat die NATO während der letzten zehn Jahre einen Wandel erfahren, der ihre Bedeutung wieder vergrößert. Verteidigt werden nicht mehr die Territorien der Mitgliedsstaaten, sondern deren »westliche Werte«. Geschützt werden die Märkte und der Zugang zu Ressourcen wie Öl und Gas



Zur Verteidigung der »westlichen Werte« und dem Zugang zu Öl ist jedes Mittel recht

Richtungweisend für die geopolitische Entwicklung der NATO war das Strategiekonzept, das 1999 auf dem 50-jährigen Jubiläum des Bündnisses verabschiedet wurde – während der Angriffskrieg der NATO auf Jugoslawien bereits in vollem Gange war. Unter Vorsitz des Bundeswehrgenerals Klaus Naumann wurde beschlossen, dass die Sicherheitsinteressen der Mitgliedsstaaten nunmehr nicht erst bei einem militärischen Angriff ihrer Territorien berührt seien, sondern die Gefährdung auch »Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens, sowie die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen« umfasse. Was 1999 in der NATO beschlossen wurde, ist damit nichts weiter als die weltweite militärische Unterstützung der wirtschaftlichen Interessen ihrer bedeutendsten Mitgliedsstaaten, die Stabilisierung jenes globalen Armutsgefälles, welches sie zu verantworten haben: Die Militarisierung des Neoliberalismus.

Neue Strategiekonzepte: Die Naumann-Papiere

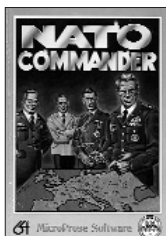
Geht es nach den tonangebenden NATO-Strategen, soll diese Ausrichtung der Allianz weiter ausgebaut werden. Der NATO-Gipfel im Rahmen des 60-jährigen Jubiläums im April 2009 wird hierfür einen weiteren Meilenstein darstellen. Bereits erwähnter Klaus Naumann hat gemeinsam mit vier anderen hochkarätigen NATO-Generälen ein neues Strategiepapier in die Diskussion eingebracht, über welches im April abgestimmt werden soll. Die wichtigsten Eckpfeiler sind: 1. Die Möglichkeit eines Ersteinsatzes von Nuklearwaffen gegen Staaten ohne Atomwaffen im Falle eines drohen-

den Einsatzes von chemischen Waffen; 2. der Aufbau eines eigenen NATO-Raketenabwehrschirmes; 3. die fortgeführte NATO-Erweiterung im postsowjetischen Raum; 4. der Ausbau zivil-militärischer Kooperationen zur »Stabilisierung« von Regionen und Staaten; 5. die Abschaffung des Konsensprinzips zugunsten von Mehrheitsentscheidungen und die Mitbestimmung militärischer Operationen nur durch Mitglieder, die sich am Krieg beteiligen; 6. die Kriegsführung der NATO auch ohne UN-Mandat. Begründet wird die Notwendigkeit dieser Neuerungen damit, dass die Glaubhaftigkeit und Handlungsfähigkeit der NATO unbedingt gestärkt werden müssen, um den Schutz des Zugangs zu notwendigen Ressourcen weiter zu gewährleisten.

Afghanistan zum westlichen Protektorat

Im Afghanistan-Krieg wird die strategische Ausrichtung der NATO bereits sehr deutlich. Das Land ist für den Westen von großer geostrategischer Bedeutung. Aufgrund seiner Lage zwischen den riesigen Erdöl- und Erdgasvorräten in den Nachbarländern Kasachstan, Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan auf der einen und dem Kaspischen Meer auf der anderen Seite wird Afghanistan zu einem Schlüsselland für den Transit der Rohstoffe in den Westen. Dies setzt allerdings verlässliche Bündnispartner und eine relative politische Stabilität voraus, welche 2001 nicht mehr gegeben waren. Ziel des NATO-Einsatzes in Afghanistan ist es also, das Land zum Protektorat der Allianz zu machen, was mit der Marionettenregierung Karzais allerdings nur in der Hauptstadt Kabul gelungen ist. Im Rest des Landes gestaltet sich die Kontrolle als schwierig.

Hier kommt nun ein neues Konzept der NATO-Strategen zum



tragen, welches sich als »Comprehensive Approach« einen Namen macht: die Aufstandsbekämpfung durch eine zivil-militärische Zusammenarbeit. Dabei werden zivile Kompetenzen wie juristische Strukturen und humanitäre Projekte für die Umsetzung militärischer Ziele nutzbar gemacht. Dies soll die Besatzung für die afghanische Bevölkerung akzeptabler machen, hat jedoch zur Folge, dass Hilfsorganisationen wie »Ärzte ohne Grenzen« sich aus dem Land zurückziehen, weil sie jetzt als vermeintliche Kollaborateure der Besatzer vermehrt zur Zielscheibe von Anschlägen werden.

Neben der Sicherstellung eines reibungs-freien Transits bemüht sich die nordatlantische Allianz auch um die regionale Installation des gewünschten Wirtschaftssystems: Eines (für den Westen!) völlig offenen Marktes. Die mit Hilfe der Bundesregierung geschaffene »Afghan Investment Support Agency« (AISA), ein Investitionsschutzabkommen, verwandelt das Land in das neoliberale Paradies westlicher Konzerne. Es beinhaltet die Möglichkeit eines 100 Prozentigen Firmenbesitz von Ausländern, Steuerbefreiung und das Recht auf einen 100 Prozentigen Gewinntransfer ins Ausland. »Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt (...) bezeichnet werden«, jubelt das Bundesamt für Außenwirtschaft – und bereits profitierende Konzerne wie Alcatel, Siemens und Coca Cola können sich bei der NATO für die Frei-Schießung dieses Marktes bedanken. Nun müssen nur noch die »hearts and minds« der Aufständischen für diesen »Enduring Freedom« der NATO-Mitglieder, Coca Cola & Co. gewonnen werden.

Anfang einer neuen Blockbildung

Der NATO-Krieg in Afghanistan und der US-Krieg im Irak sind möglicherweise erst der Anfang einer umfassenden westlichen Intervention zur Umstrukturierung einer weitaus größeren Region, welche im Grunde den gesamten nahen und mittleren Osten mit seinen Rohstoffvorkommen umfasst. Neben Pakistan wird der Iran als mögliches Interventionsfeld der NATO diskutiert, wobei hier der Einsatz von Nuklearwaffen nicht ausgeschlossen wird, denn nach Naumann existiere die Gefahr, der Iran könne »eine Region dominieren, die über die größten Öl- und Gasreserven der Welt verfügt«.

Es ist zudem nicht auszuschließen, dass die Ressourcenknappheit zu einer neuen Blockbildung zwischen der NATO auf der ei-

nen und Rußlands und Chinas auf der anderen Seite führt. Der Georgien-Konflikt 2008 und der Gasstreit zwischen Rußland und der Ukraine legen dies nahe, denn auch hier geht es um geostrategische Interessen. Die geplante NATO-Osterweiterung im postsovietischen Raum um die Ukraine und Georgien stellt eine Bedrohung für Rußland dar, welches bereits mit einer militärischen Aufrüstung gedroht hat. Weitere Anzeichen für eine mögliche Blockbildung sind die geplanten Raketenabwehrschirme der USA und der NATO sowie eine massive Intensivierung der Zusammenarbeit

Rußlands und Chinas in der »Shanghaier Vertragskooperation«, welche als eine Art Gegen-NATO gewertet wird und nun auch energiepolitische Fragen gemeinsam besprechen möchte – der Iran und Pakistan haben bereits eine Vollmitgliedschaft beantragt.

Auch auf westlicher Seite könnte der Block wieder enger zusammenstehen als in den letzten Jahren. Nach dem Alleingang der USA im Irak und heftigen transatlantischen Auseinandersetzungen wird für die Amtszeit Obamas ein engeres Zusammenarbeiten der Bündnispartner innerhalb der NATO erwartet. Nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Probleme der USA und der Irak-Katastrophe ist Obama auf eine bessere Bündnisarbeit mit der EU an-

gewiesen. Das gemeinsame Bestreben, die Marktdominanz gegen Rußland und China aufrecht zu erhalten, könnte das Wiedererstarben der NATO vorantreiben und die Rolle der EU dabei kräftigen.

Aus der Krise folgt die Kriegspolitik

Die offensichtliche Krise des kapitalistischen Systems, welche sich hierzulande in der Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zeigt, wird sich nach außen in einer noch aggressiveren Kriegspolitik bemerkbar machen. Die reibungsfreie Ausbeutung anderer Länder durch den offenen Zugang zu Märkten und Ressourcen wird in Krisenzeiten noch wichtiger für die Überlebensfähigkeit der westlichen Dominanz auf dem kapitalistischen Weltmarkt und des hier herrschenden Lebensstandards. Unterstützt wird dies durch die fortschreitende Akzeptanz der Militarisierung: Die Legitimierung von NATO-geführten Kriegen scheint seit Afghanistan immer unproblematischer, »öffentliche« Gelöbnisse vor dem Reichstag und Denkmäler für »gefallene« Soldaten der deutschen Bundeswehr werden in unserer Gesellschaft wieder möglich.



Generalsekretär der NATO, Jaap de Hoop Scheffer

■ »Folter-Hitparade«

Die britische Menschenrechtsorganisation Reprieve, die sich international für die Belange Gefangener einsetzt, hat eine Liste mit dem am häufigsten zu Folterzwecken missbrauchten Liedgut veröffentlicht. Dass Verhörexper-ten der US-Streitkräfte in Guantanamo Bay laute Musik einsetzen, um Gefangenen die Zunge zu lockern, ist seit längerem bekannt. Insbesondere »Enter Sandman« von Metallica, verabreicht in ohrenbetäubenden Dosen, erfreute sich bei den Wärtern großer Beliebtheit.

■ Aus Liebe zu Rosa

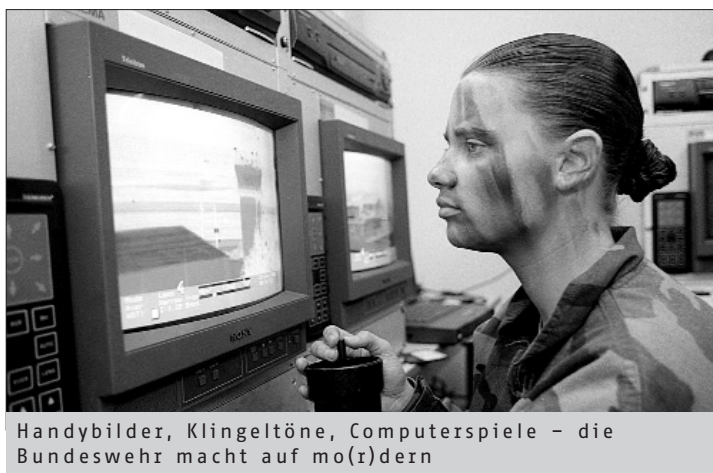


Im Januar 2009 erschien die Broschüre »Die Revolution sagt: ich war, ich bin, ich werde sein. Luxemburg und Liebknecht fürs 21. Jahrhundert«. Das geschichtspolitische Heft wurde herausgegeben von der ALB und dem Studierendenverband DieLinke.SDS und befasst sich mit dem Leben und Wirken der beiden Revolutionäre Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zwischen Weltkrieg und Revolution (1914-1919).

◆ Die Broschüre kann bestellt werden unter: www.antifa-versand.de

Moderne Bauernfänger

Dass die Bundeswehr ihre Präsenz in Afghanistan und vor der Küste Somalias ausweitet ist bekannt. Die Aktivitäten an der Heimatfront werden allerdings kaum wahrgenommen



Handybilder, Klingeltöne, Computerspiele – die Bundeswehr macht auf mo(r)dern

Ihre aktuelle Aufgabe im Inneren besteht neben der Legitimation der Auslandseinsätze vor allem in Werbung und Rekrutierung in Eigener Sache und diese ist durch aus vielfältig.

Durch Präsenz auf Messen...

Ein Teil des umfangreichen Werbe- und Rekrutierungsprogramms der Bundeswehr besteht in deren Präsenz auf Fachmessen. Egal ob auf der Jugendmesse YOU in Berlin, bei dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, oder auch auf der Computerspiele-Messe »Games Convention« in Leipzig die Bundeswehr war mit einem eigenen Stand und einem aufgemotzten Infotruck vertreten. Nach eigenen Angaben waren es im Jahr 2008 über 40 Fachmessen unterschiedlichster Bereiche auf denen die Bundeswehr präsent war. So soll ein noch stärkerer Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein genommen werden und gleichzeitig das Militär als ein seriöser und zukunftsfähiger Arbeitgeber dargestellt werden.

Arbeitsamt und Schule...

Neben den Fachmessen sind vor

allem Jobmessen als auch die Bundesagentur für Arbeit direkt ein Schwerpunkt der Rekrutierungsarbeit. Bundesweit unterhält die Bundeswehr in elf Arbeitsagenturen eigene Büros und in über 200 Agenturen finden regelmäßige Werbeveranstaltungen statt. »Karriere Treff« nennt sich dieses Rekrutierungsprogramm. Hierzu touren speziell geschulte Soldaten mit schwerem Gerät wie einem als Informationszentrum umgebauten Truck dem so genannten Karriere Truck und unterschiedlichem Kriegsgerät zum Anschauen und Anfassen durch größere und kleinere Städte in Deutschland. Ebenfalls im Gepäck befinden sich Unmengen an Werbematerial wie Broschüre oder DVDs in denen die Bundeswehr über unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten bei den verschiedenen Waffengattungen, der medizinischen Abteilung oder Verwaltung informiert. Kletterwand und allerlei technische Gerätschaften wie ein Flugsimulator oder ein Feldjägemotorrad läst besonders für Junge Menschen das Militär als attraktiv erscheinen. Vor allem aber die Perspektivlo-

sigkeit durch Hartz4 und eine hohe Jugendarbeitslosenquote helfen der Bundeswehr bei ihrer Rekrutierungsoffensive unheimlich. Gern werden auch mit Schulklassen Planspiele durchgeführt bei denen die Schüler in unterschiedliche Rolle schlüpfen und versuchen weltpolitische Konflikte zu lösen welche dann auch fast immer in Kriegseinsätzen münden. Auch der Informationsstand auf dem Schulhof oder dem Universitätscampus gehört mittlerweile zum Standardprogramm. Auch mit gezielten Freizeitangeboten wie z.B. Camps oder Besichtigungen von ausgemustertem Kriegsgerät buhlt die Bundeswehr um die Gunst der Jugend.

Das ist hip, das ist cool

Das Ziel dieser Rekrutierungsmaßnahmen liegt zum einem in einer direkten Imageverbesserung des Militärs an sich als auch damit einhergehend in einer Militarisation der gesamten Gesellschaft. Das Image der Bundeswehr soll durch immer professioneller geführte Werbemaßnahmen dahingehend verändert werden, dass diese als ein ganz normaler Arbeitgeber unter tausend anderen erscheint. Aus Sicht der Bundeswehr ist dies auch bitter nötig da trotz der intensiven Werbemaßnahmen und Unterstützung durch Medien und Politik immer noch der Großteil der Bevölkerung Auslandseinsätze wie in Afghanistan ablehnend gegenüber steht und die Bundeswehr noch lange nicht bei der erwünschten Normalität angelangt ist.

Die Geister, die ich rief...

Am 10.1.2009 lud der Publizist Jürgen Elsässer in die Kreuzberger Kneipe Max & Moritz, um dort seine Thesen zur Finanzkrise zu präsentieren und für die Gründung einer »Volksinitiative gegen Finanzkapital« zu werben. Ungefragt rief auch die NPD zur Veranstaltung auf, was bei der inhaltlichen Ausrichtung der Initiative jedoch nicht verwundern darf

Nach Elsässer sei die derzeitige Finanzkrise kein systemimmanenter Fehler des Kapitalismus, vielmehr handele es sich um einen »bewussten Angriff des anglo-amerikanischen Finanzkapitals«. Dieses sei in »allen Staaten« eng mit dem »Bankkapital« verbunden. »Industrie- und Bankkapital« stünden in einem »zunehmendem Widerspruch« zueinander, weshalb es um den »Aufbau einer Volksfront« gehen müsse, »die das national (...) orientierte Industriekapital einschließt«.

Bürgerlicher Diskurs

Grundsätzlich kann hier zwar von gewöhnlichem Standortnationalismus mit kapitalismuskritischem Anstrich gesprochen werden. Als Reaktion auf die Finanzkrise war Ähnliches auch aus den bürgerlichen Parteien bis hin zu FDP und CDU zu vernehmen. In der Form allerdings, wie Elsässer diese Inhalte präsentiert, bietet er Neonazis eine offene Flanke für ihre antisemitische Propaganda.

Dass nämlich auch Nazis die Weltwirtschaft seit jeher als gesteuerten Prozess zu erkennen glauben, der Krisen bewusst herbei führt und zudem die charakteristische Trennung von raffendem Bank- und schaffendem Industriekapital vornehmen, sollte Elsässer aufgrund seiner »antideutschen« Vergangenheit wissen.

Gerade deswegen verwundert es, dass Elsässer etwa den Terminus »anglo-amerikanische Finanzaristokratie« benutzt, der bei Neonazis als Synonym für »jüdische Weltfinanz« gilt. Nicht, dass er mit



Wer auf den Zug der Querfront aufspringt, landet ganz schnell auf dem politischen Abstellgleis

seiner Volksfront ein Bündnis bis hin zur NPD angestrebt hätte. Gegenüber dieser hat er sich zu Anfang der Veranstaltung deutlich abgegrenzt. Viel wahrscheinlicher hat er gezielt in tiefbraunen Gewässern gefischt, um seiner Volksinitiative neue Anhänger an Land zu ziehen.

Stammtisch Parolen

Elsässer zielt nicht das erste Mal auf rechte Ressentiments. In einem Artikel in der Tageszeitung *jungen Welt* – die ihn danach vor die Tür setzte – kritisierte er den Sozialabbau, stellte ihm aber nicht etwa Kriegsausgaben, oder Steuergeschenke für Superreiche gegenüber, sondern die staatliche

Subvention von »Multikulti, Gendermainstreaming und (...) schwule(r) Subkultur«. In der Wochenzeitung *Freitag* nahm er später Lafontaines Polemik gegen »Fremdarbeiter« in Schutz und bezeichnete Migranten als »Waffe gegen das inländische Proletariat«. Schon damals gab es Beifall aus der rechten Ecke.

Es war also abzusehen, dass sich ein gutes Dutzend, zum Teil bekannte Neonazis unter den 120 Gästen der Veranstaltung befinden sollten. Hatte doch selbst der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD Holger Apfel die Initiative begrüßt und »konstruktive Begleitung« seiner Partei versichert.

Eine Handvoll Antifas ließ es sich dann auch nicht nehmen, auf die provokante Anwesenheit von Neonazis in Kreuzberg zu reagieren. Sie drang nach dem Ende der Diskussion in das Lokal und lieferte sich eine Saalschlacht mit den Rechten, die auch der verurteilte Holocaustleugner Gerd Walther nicht unverletzt überstand.

Zurück auf Los

In der Folge wurde der Volksinitiative eine äußerst intensive, mediale Aufmerksamkeit zu Teil. Und diese wiederum führte dazu, dass Jürgen Elsässers Autorenvertrag mit dem *Neuen Deutschland* aufgekündigt wurde. Spätestens ab diesem Zeitpunkt ruderte der nun arbeitslose Publizist zurück und gestand ein, durch »eine unzuverlässige Verkürzung des Sachverhalts« die falschen Leute »angelockt« zu haben.

■ Dresden blockiert

Am 14. Februar, dem Jahrestag Bombardierung Dresdens durch die Alliierten, werden wieder Tausende von Neonazis in der sächsischen Landeshauptstadt erwartet. Der »Trauermarsch« ist für die deutsche Neonaziszene zum immer wiederkehrenden Höhepunkt des Jahres geworden. Spätestens seit dem Jahre 2006, als mehr als 6.000 Teilnehmer gezählt wurden, gilt die Demonstration als Größte ihrer Art in Europa.

Bisher schlug ihnen in Dresden vergleichsweise wenig Widerstand entgegen. Ein ignoranter Polizeiapparat, eine kaum vorhandene Zivilgesellschaft und nicht zuletzt die selbstgewählte Isolations der lokalen Antifaszene wären hier ursächlich zu nennen.

In diesem Jahr hat sich jedoch mit »¡No pasarán!« ein Vorbereitungskreis zusammen gefunden, der bereits Unterstützung von mehr als 40 Antifagruppen sowie vom bundesweiten Netzwerk der Interventionistischen Linken (IL) gefunden hat.

In Koordinierung mit dem bürgerlichen Bündnis »Geh Denken« soll es vielfältige Aktionen und Demonstrationen geben, um die Nazis endlich zu stoppen.

◆ www.antifa.de.

■ Chefsache Folter

Nach 9/11 proklamierte US-Präsident Bush den Krieg gegen den Terror. In seinem Namen erfolgten nicht nur die Angriffe gegen Afghanistan und Irak, sondern auch die Inhaftierung zahlreicher Unschuldiger. Unrechtmäßig wurden sie jahrelang gefangen gehalten und gefoltert, oft zu Tode. Der Film zeigt neben den einschlägigen Bildern auch anderes, nicht so medienwirksames Material, das nicht weniger schockierend ist. Seine Stärke besteht darin, dass er vor allem jene Schreibtischtäter entlarvt, die bislang keinen Prozess zu befürchten hatten.

■ Waltz With Bashir



Ausgehend vom Drang des Regisseurs, seine eigene – in den beruhigenden Nebel der Vergessenheit geratene – Vergangenheit aufzuarbeiten, entstand mit »Waltz With Bashir« eine animierte, autobiographische Dokumentation, die sich mit dem Phänomen der Verdrängung, dem ersten Libanonkrieg im Allgemeinen und dem Massaker von Sabra und Shatila im Besonderen auseinandersetzt.

»Egal wo, ich will immer gewinnen«

Benedikt Pliquet ist nicht nur Torwart beim FC St. Pauli, sondern engagiert sich auch gegen Nazis und Rassismus. Grund genug, mit ihm ein Interview für den Antiberliner zu führen

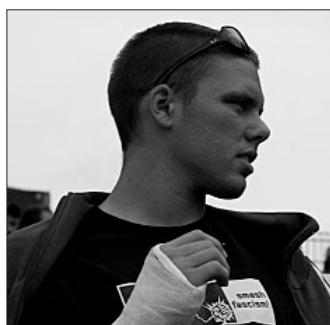
Der FC St. Pauli hat in der aktuellen Saison keine schlechte Hinrunde gespielt. Glaubst du der Aufstieg in die erste Fußball-Bundesliga ist in diesem Jahr noch drin?

Wenn man sich die aktuelle Tabellen-situation anschaut, dann sind es ja nur drei Punkte, die den Abstand zu einem Aufstiegsplatz ausmachen.

Und wenn man die fehlende Konstanz vieler Mannschaften in der Hinrunde auch in Betracht zieht, dann haben wir sicher noch alle Möglichkeiten.

Für Gästemannschaften auf St. Pauli ist das Stadion am Millerntor ein echter Hexenkessel. Was bewirkt diese Stimmung bei euch Heimspielern?

Ich denke, wenn man sich unsere Heim- und Auswärtsbilanz anschaut, dann kann man daraus Einiges schließen: Es scheint bei Vielen in der Mannschaft Einiges zu bewirken. Mir ist es eigentlich fast egal, ob Home or Away, ich will immer gewinnen. Und wenn ich dann von den



Benedikt »Bene« Pliquet, Torwart des FC St. Pauli

gegnerischen Fans bepöbelt werde, dann stachelt mich das genau so an. Aber wir haben ja auswärts auch immer reichlich eigene Fans dabei.

Werdet ihr auswärts öfter bepöbelt?

Naja das Übliche halt, das dich die gegnerischen Fans nicht mögen. Häufig ist es dann simpel wie »Scheiß Sankt Pauli«, aber ab und zu leider auch politisch unkorrekte Rufe.

Der FC St. Pauli ist für seine antifaschistisch eingestellten Fans bekannt und auch du engagierst dich gegen Rechts. Wie kam es zu diesem für Fußballspieler eher ungewöhnlichen Einsatz?

Ich bin so erzogen worden und auch in einem eher linken Umfeld aufgewachsen. Hinzu kommt mein »Hip-Hop Lifestyle« und in diesem Zusammenhang schon frühe negative Erfahrungen mit Nazis. Jetzt, wo ich öffentlich Gehör finde,

versuche ich mich mit Betrachtung auf Nachhaltigkeit gegen Rechts stark zu machen.

Die »Ultras Sankt Pauli« machen gegen staatlichen Rassismus mobil und unterstützen Migranten, die von Abschiebung bedroht sind. Was hältst du von diesem Engagement?

Egal welche Vorurteile dem Begriff Ultra heutzutage anhängen, finde ich es echt fantastisch, wie viel positives soziales Engagement von dieser Gruppe ausgeht. Speziell die Zusammenarbeit mit den Migranten im Abschiebelager in Horst – nördlich von Hamburg – finde ich unglaublich toll.

In der Männerdomäne Fußball ist Homosexualität noch immer ein riesiges Tabu. Vor welchen Problemen könnte ein Spieler beim FC St. Pauli stehen, wenn er sich outen würde?

Ich verstehe es auf der einen Seite nicht, warum sich Keiner outet, kann mir aber denken wovor Viele Angst hätten. So ein Coming Out als Fußballer würde sicherlich für ein riesiges Medienspektakel sorgen, aber auf der anderen Seite auch zu Ausgrenzung und Mißachtung führen, da unsere Gesellschaft, bzw. die Fankultur noch nicht so weit ist. Grundsätzlich bin ich da der selben Meinung wie unser Präsident Corny Littmann – selbst bekennender Homosexueller: Einer von Elf ist Homosexuell (nicht zu wörtlich nehmen).

Tante Erna empfiehlt heute: Wer ist Hussein aus Hawaii wirklich?

Gern ignorierte unbequeme Fakten über Barack Obama

- ♣ zum ersten Fernsehduell brachte Obama als Gastgeschenk Nudelsalat mit um den Gastgeber zu beleidigen
- ♣ Barack Obama ist ein Künstlername
- ♣ Obama kann nach zwei Weizen nicht mehr fahren
- ♣ "Yes we can" wäre in Estland gescheitert (an der Sprachbarriere)
- ♣ Obama führt die berufliche Familientradition der Insolvenzverwalter weiter
- ♣ Obama bricht beim Schreiben mit Druckbleistiften sehr oft die Mine ab